

Im Blickpunkt: Lehrergewerkschaft startet mit Streikandrohung ins neue Schuljahr



Am Donnerstag geht die Schule in Niedersachsen wieder los. Kurz vor Ferienende eskaliert aber der Streit über die zusätzliche Unterrichtszeit, die die Lehrer dann ableisten sollen. Schon im August 2013 hatten sie gegen die Arbeitszeitverlängerung protestiert. Foto Steffen/dpa

GEW liebäugelt mit Streiks

Gewerkschaft spricht vom „Menschenrecht auf Arbeitsniederlegung“ auch für verbeamtete Lehrer

VON MICHAEL AHLERS
BÜRO HANNOVER

HANNOVER. Kurz vor dem Ende der Sommerferien blüht die Bildungsgewerkschaft GEW kritisch auf das neue Schuljahr in Niedersachsen. Besonders die Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung für Gymnasiallehrer um eine Stunde sorgt für massiven Widerspruch.

Auch der Philologenverband ist dagegen Sturm gelaufen. Die GEW setzt sogar auf Lehrerstreiks. Die Reaktion aus dem niedersächsischen Innenministerium war am Montag eindeutig. „Fakt ist: Ein Streikrecht für Beamte in Deutschland gibt es nicht“, ließ Sprecher Philipp Wedelich wissen. Das gelte natürlich auch für beamtete Lehrer.

Zum Start ins neue Schuljahr hatte der Landeschef der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Eberhard Brandt, Lob und Tadel für die rot-grüne Landesregierung von Ministerpräsident Stephan Weil

(SPD) verteilt. Vor allem aber drohte er mit Arbeitsniederlegungen beamteter Lehrer. „Stundenweise, höchstens tageweise“, versichert Brandt. Und für Vertretung würde gesorgt werden.

Den Ausbau der Ganztagschulen, mehr Geld inklusive, würdigte die GEW zum Schulstart in dieser Woche ebenso wie den Ausstieg Niedersachsens aus dem „Turbo-Abitur“. Auch dass Gesamtschulen bald „ersetzende Schulform“ werden sollen, ist ganz im Sinn der Gewerkschaft. Am entsprechenden Schulgesetz, das zum Sommer 2015 in Kraft treten soll, arbeitet die rot-grüne Koalition gerade. CDU und FDP im Landtag fürchten, dass dann das Schließen von Gymnasien droht – zugunsten von Gesamtschulen.

Aktuell treibt aber ein anderer Punkt die GEW um. Lehrer an Gymnasien müssen in Niedersachsen von diesem Schuljahr an 24,5 statt bislang 23,5 Unterrichtsstunden im Klassenzimmer

stehen. Die Koalition von SPD und Grünen hat die sogenannte Unterrichtsverpflichtung um eine Schulstunde erhöht. Sie ist allerdings im Vergleich der Bundesländer gering, im Vergleich zu anderen Schulformen in Niedersachsen ohnehin. Grundschullehrer etwa müssen in Niedersachsen 28 Unterrichtsstunden ran. Der Philologenverband hat bereits Klage gegen das Land eingereicht, die GEW will das auch noch tun. Große Aussichten räumt sie ihrer Klage aber offenbar nicht ein.

Auch deshalb will der GEW-Landesvorstand im Oktober endgültig über die Beteiligung von beamteten Lehrern an Streiks bei der nächsten Tarifrunde beraten. Die Gewerkschaft beruft sich auf das Bundesverwaltungsgericht. Dies gehe aufgrund der Europäischen Menschenrechtskonvention von einem Menschenrecht auf Streik auch für Beamte aus – solange diese keine hoheitlichen Aufgaben wie etwa die Polizei

hätten (AZ: 2C 1.13). Das Gericht allerdings hatte den Bundesgesetzgeber zunächst angesprochen, den Status quo zu prüfen.

Zwar versichert Brandt, für Vertretung werde im Streikfall gesorgt. „Ich bin gespannt, wie die Eltern das sehen“, sagt aber Sabine Hohagen vom Landeselternrat. „Unverständlich“ nannte Helge Feuhrs vom Landesschülerrat die Pläne. Die Lehrer schauen nur noch auf sich. Der CDU-Landtagsabgeordnete Kai Seefried allerdings gab der „Sturheit“ der Landesregierung die Schuld an der Eskalation. „Die Ankündigungen der GEW zeigen, wie festgefahren die Situation in der Schulpolitik ist“, sagte Seefried. „Wir gehen nicht davon aus, dass es zu Streiks kommen wird“, erklärte eine Sprecherin des Kultusministeriums.

GEW-Chef Brandt hatte offen gelassen, mit welcher Beteiligung er im Fall der Fälle rechnet. „Lehrkräften steht das Streikrecht zu“, betonte er aber.